

Erklärung der sozialistischen Kammerfraktion in Frankreich.

Die „Humanité“ gibt in ihrer Nummer vom 25. Juni den Wortlaut der Erklärung wieder, mit der die sozialistische Fraktion in der Deputiertenkammer durch den Mund ihres Sekretärs **H u b e r t - R o u g e r** die Bewilligung der Kredite begründete. Die Erklärung lautete:

Heute wie vor 22 Monaten wird die sozialistische Partei die von der Regierung für die nationale Verteidigung geforderten Kredite **b e w i l l i g e n**. Sie wird sie bewilligen, damit das brutal angegriffene, bis ins Herz bedrohte Frankreich instande ist, den Kriegsmassnahmen der Mittelmächte zu begegnen. Sie wird sie bewilligen, weil sie zu allen Anstrengungen, zu allen Opfern bereit ist, damit die territoriale Unversehrtheit Frankreichs gewährleistet wird, damit **E l s a s - L o t h r i n g e n** Genugtuung für sein im Jahre 1871 mit Füßen getretenes Recht erhält, damit die vollständige politische und ökonomische Wiederherstellung **B e l g i e n s** und **S e r b i e n s** gesichert und die Gewißheit eines dauernden Friedens erreicht wird.

Indessen kann die sozialistische Partei nicht darauf verzichten, ihre Vorbehalte über die Art der Anwendung dieser Kredite zu formulieren. Die Partei ist der Ansicht, daß unsere wirtschaftliche und finanzielle Politik der dem Lande auferlegten Kriegspolitik nicht entspricht. Sie wünscht in dieser Hinsicht eine entschiedenere Kraftanstrengung angewendet. Sie ist der Ansicht, daß die Sorge um die Würde und um das materielle Wohlbefinden der Soldaten dem Charakter der bewaffneten Nation besser entsprechen müsse; daß die Maßnahmen kollektiver und sozialer Fürsorge, die das Volk gegen die Lebenssteuerung schützen sollen, teils allzu lange verzögert, teils ungenügend durchgeführt wurden. Die Partei ist schließlich der Ansicht, daß man sich beeilen müsse, eine immer wirksamere Uebereinstimmung in den Anstrengungen der verbündeten Länder herbeizuführen, damit die Einheit der militärischen und diplomatischen Aktion sowohl in der Führung wie in den Zwecken des Krieges den Druck, der uns zum Frieden führen muß, unwiderstehlicher macht. In dieser Hinsicht

haben die Regierungen vielleicht die Resultate, die zu erreichen sie sich vorgezogen haben, nicht mit genügender Deutlichkeit kundgetan.

Vor einem Jahre haben wir die Worte des Herrn Ministerpräsidenten gehört, der erklärte, daß der künftige Friede die Entwicklung jedes Volkes gemäß den ihm eigenen Anlagen gestatten müsse. Aber inzwischen hat Herr v. Bethmann Hollweg das Wort ergriffen.

Wir haben die Wendungen gewürdigt, in denen Herr Asquith und Sir Edward Grey, indem sie ihm mit Festigkeit antworteten, ohne brutale oder großsprecherische Formeln wiederholt auseinandergesetzt haben, wie sie ihrem Parlament allgemeine und ernsthafte Friedensvorschläge, die ihnen gemacht werden könnten, unterbreiten wollten und wie sie einen Frieden, der sich auf internationale Verträge stütze, zu begründen gedächten.

Wir bedauern, daß unsere Regierung nicht die Gelegenheit ergriffen hat, vor dem Parlament und dem Lande, dem allein sie nach der Konstitution verantwortlich ist, durch den Mund des Ministerpräsidenten in angemessenen und wohlwollenen Worten die Auffassung des französischen Friedens der von Herrn Bethmann Hollweg formulierten, übrigens von der sozialistischen Minorität des Reichstages bekämpften deutschen Auffassung entgegenzusetzen.

Es genügt nicht, daß Herr v. Bethmann Hollweg auf die Kriegskarte **p o c h** Die durch den englischen Seesieg beständige Herrschaft über die Meere, die heroische Schlacht vor Verdun, die Faustpfänder in den Kolonien, der Widerstand Italiens, der jüngste Sieg der Russen zeigen deutlich, daß die Verbündeten durchaus nicht gewillt sind, sich den Willen des Gegners aufzwingen zu lassen. Aber es hieße, den Einfluß des Gegners auf sein eigenes Volk verstärken und den Bestand der unwägbareren moralischen Kräfte zurückweichen, wollte man dem Reichszankler vor seinem Volke die läugerische Behauptung erleichtern, daß der Krieg zu seinem Beginn als Abficht gehabt und daß er als Folge haben wird die Zerstörung der politischen Freiheit Deutschlands oder die Vernichtung seines wirtschaftlichen Lebens.

In dieser Stunde wird es allen offenbar, daß man, um die Wiederholung der über Europa entfesselten Barbarei zu vermeiden, an das zu denken hat, was man schon die Vereinigung der Nationen genannt hat. Zu diesem Zwecke muß man immer wieder allen jenen, die nichts kennen als die Entscheidungen in der Gewalt unserem Willen zum Recht entgegensetzen, zu dem Recht, dem die verbündete Gewalt der Nationen nur das Gewicht der Sanktion zu verleihen vermag.

In Uebereinstimmung mit allen erklären wir, daß die verbündeten Nationen alle Maßnahmen zu ergreifen haben, die ihre Produktion und ihren Verkehr zu entwickeln, die Entfaltung und das Wachstum ihrer ökonomischen Solidarität zu fördern und ihnen vor einer unehelichen Konkurrenz Schutz zu gewähren in stande sind. Aber unsere Pflicht ist es auch, das Regime eines übertriebenen Protektionismus, dessen Kosten die arbeitenden Klassen aller Länder tragen müßten, nicht zu stärken, auch nicht in Hinsicht auf Deutschland ein System wirtschaftlicher Zurückdrängung zu befolgen, das sicher eine Quelle neuer Konflikte bilden und für unser Land gleichzeitig vielleicht einen Anlaß zu industrieller und kommerzieller Fäulnis bedeuten würde. Wir lehnen es ab, zu einem wirtschaftlich en Krieg das Unglück des europäischen Krieges zu verlängern.

In diesem Sinne, überzeugt, den Voraussetzungen eines dauernden Friedens zu dienen, werden wir die militärischen Kredite bewilligen. Alle Völker wünschen den Frieden. Niemand sicherlich wird, ohne sich schwere Schuld gegen die ohnehin schon mißhandelte Menschheit aufzuladen, es wagen, die nutzlose Verlängerung der Europa verwüstenden Geißel zu verlangen.

Die Völker, der Sozialismus, der den Anspruch erhebt, ihre Interessen zu vertreten, haben zu wachen, daß keine Möglichkeit eines ernsthaften Friedens ihnen entgeht. Die Regierungen haben die Pflicht, wenn eine solche Möglichkeit auftaucht, sie zu prüfen mit der zwiefachen Sorge: neue Opfer, neue Zerstörungen abzuwenden und ein Regime des internationalen Rechtes zu begründen, das bestimmt ist, für lange die Ruhe der Welt zu gewährleisten.

Weil wir uns über diese wesentlichen Ideen in Uebereinstimmung mit ganz Frankreich wissen, weil wir ferner glauben, daß wir hiedurch der allgemeinen Errichtung demokratischer und sozialistischer, den Frieden garantierender Institutionen dienen, verleiht die französische sozialistische Partei heute wie am 4. August 1914 der nationalen Verteidigung durch die Bewilligung der verlangten Kredite ihre uneingeschränkte Unterstützung.